

Volksstimme

zugleich Volksstimme für Bielitz

Geschäftsstelle der „Volksstimme“ Bielitz, Republikanska Nr. 4 — Telefon Nr. 1294
Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0,15 Zlp. Anzeigen unter Text 0,60 Zlp. non außerhalb 0,80 Zlp. Bei Wiederholungen: — tarifliche Ermäßigung. —

Abonnement: Vierteljährig vom 1. bis 15. 3. cr 1,65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte Kronprinzstraße 6, sowie durch die Kolporteur

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29).

Postfachkonto V. R. O., Filiale Kattowitz, 300174.

Fernsprech-Anschluß: Geschäftsstelle sowie Redaktion Nr. 2097

Der Endkampf in Deutschland

Der Höhepunkt des Wahlkampfes — Scharfe Angriffe gegen die SPD Abgeordneter Thälmann verhaftet — Die Zusammenstöße dauern an

Berlin. Der Wahlkampf hat am Freitag seinen Höhepunkt erreicht. Reichkanzler Hitler sprach in einer Massenkundgebung der Nationalsozialistischen Partei in Hamburg, wobei er dem Marxismus den Vernichtungskampf ankündigte. In Frankfurt a. M. sprach Reichsminister Göring, der als seine erste Amtshandlung als neuer Reichstagspräsident die Wiedereinführung der Fahne schwarz-weiß-rot ankündigte. In einer Wahlversammlung in Hannover sprach Reichsminister Seldte, in Stuttgart Vizkanzler von Papen, im Berliner Sportpalast Dr. Brüning, in Birsens Reichsinnenminister Dr. Fritsch, in Stettin Reichsminister Dr. Hugenberg, der sich insbesondere für die Rettung der Landwirtschaft als eine Vorbedingung für die Wiederbelebung der deutschen Gesamtwirtschaft einsetzte. In Koblenz sprach Prälat Dr. Kaas.

Im Verlauf des Wahlkampfes sprach am Freitag abend in Regensburg der bayerische Ministerpräsident Held, der sich dagegen wandte, daß man die Bayerische Volkspartei mit den Marxisten in Zusammenhang bringe. In Dresden sprach Professor Frentag-Loringhoven in einer Wahlkundgebung der Kampffront schwarz-weiß-rot, in der er die Grundlinien der Wirtschaftspolitik Hugenbergs behandelte. Zugleich wies er auf die dringende Notwendigkeit hin, vom Versailler Vertrag loszukommen. Der volksparteiliche Abgeordnete Stendel stellte in Ploegnit die Forderung auf, die kommunistische Partei schleunigst zu verbieten. Die Deutsche Volkspartei werde im übrigen die Regierung Hitler unterstützen. In Aachen unterzog der preussische Landtagspräsident Kersch die SPD einer scharfen Kritik. Der Reichstagspräsident Thomas Esser sprach in einer Wahlkundgebung des Zentrums gleichfalls in Aachen, wobei er der Regierung Gefolgschaft des Zentrums in ihrem Kampf gegen die bolschewistischen Methoden zusagte. Der ehemalige preussische Finanzminister Dr. Höpfer-Wischhoff erklärte in einer Wahlkundgebung der Deutschen Staatspartei in Dortmund, die Verflechtung der deutschen Wirtschaft mit der Weltwirtschaft müsse unbedingt aufrecht erhalten bleiben. In Berlin wurde eine Kundgebung des Jungdeutschen Ordens, in der Mahraun sprach, von der Polizei aufgelöst.

Sulldigungsmarsch des Stahlhelms vor dem Reichspräsidenten

Berlin. Am Sonntag, voraussichtlich um 16 Uhr, veranstaltet der Stahlhelm zu Ehren des Reichspräsidenten, seines Ehrenmitgliedes, einen Vorbeimarsch an der Wohnung des Reichspräsidenten in der alten Reichskanzlei. An dem Marsch werden etwa 24 Bataillone mit etwa 20000 Personen aus allen Teilen des Reiches teilnehmen.

Die Polizeimaßnahmen am Freitag

Berlin. In Löhren (Ostpreußen) wurde in der Nacht zum Freitag bei einem angesehenen Gärtnereibesitzer, dem niemand die Zugehörigkeit zur KPD zugetraut hatte, eine vollständige Anlage zur Herstellung illegaler Schriften vorgefunden. Der Gärtnereibesitzer und sein Sohn wurden verhaftet. In Königsberg wurden bisher 40 Funktionäre der KPD und ihrer Nebenorganisationen verhaftet. Eine verbotene Versammlung der KPD in der Nähe von Königsberg, die als Schachklub getarnt war, wurde aufgelöst. Im Lande Mecklenburg-Strelitz wurden bisher insgesamt 30 kommunistische Funktionäre verhaftet. Auch in Paderborn wurden große Mengen von Druckschriften gefunden, sowie illegales Material, das von der Berliner Zentrale der KPD stammte. 15 Funktionäre der KPD wurden in Paderborn festgenommen, während die Zahl der im benachbarten Neuhaus verhafteten Kommunisten sechs beträgt. In der Wohnung eines Kommunisten wurden 2000 Sprengkapseln gefunden. In Bad Freienwalde wurden 17½ Kilo Sprengstoff durch Einbruch in einen kommunikativen Landtag gefunden. Bei Hausdurchsuchungen in Würzburg wurden Hieb-, Schuß- und Stichwaffen sowie Dumm-Dumm-Munition beschlagnahmt. Im Regierungsbezirk Düsseldorf befinden sich 1000 kommunistische Führer in Haft. In Homberg Kreis Mörs wurde ein Kommunist getötet.



Haftbefehl gegen den Chefredakteur des „Vorwärts“

Chefredakteur Stampfer vom „Vorwärts“, gegen den Haftbefehl erlassen wurde, weil er in dem Verdacht steht, in einem an die Presse gerichteten Briefe auf die Möglichkeit hingewiesen zu haben, daß Nationalsozialisten das Feuer im Reichstag angelegt haben könnten.

Auf der Gewerkschaft Deutsche Erdölindustrie am Misburger Hafen wurde ein Benzinhälter geöffnet, so daß 200 000 Liter Benzin ausliefen. Durch rechtzeitige Entdeckung wurde schwerstes Unheil verhütet. 25 verdächtige Personen wurden verhaftet.

Zu dem Feuergeheim in Köln gibt die Pressestelle des Polizeipräsidiums folgenden vorläufigen amtlichen Bericht heraus: Bei einem Umzug der SA durch Köln wurden in einer stark bewohnten Straße plötzlich von mehreren Dächern eine ganze Anzahl Schüsse abgegeben. Diese Tatsache ist einwandfrei von mehreren älteren und jahrelangen Führern der Schutzpolizei beobachtet worden. Die gesamte Straße wurde sofort abgesperrt und jedes Haus durch ein größeres Aufgebot von Beamten der Schutz- und Kriminalpolizei durchsucht. Angehörige der SS und SA stellten sich bereitwillig zur Durchsuchung zur Verfügung. In einem Lokal der Kalk-Mühlheimer-Straße wurde eine kommunistische Versammlung aufgelöst und 40 Kommunisten festgenommen.

Verhaftung des KPD-Führers Thälmann

Berlin. Der Vorsitzende der kommunistischen Partei Deutschlands, der frühere Reichstagsabgeordnete Ernst Thälmann, von dem man angenommen hatte, daß er nach Dänemark entkommen wäre, ist, wie der „Tag“ berichtet, am Freitag nachmittag in seiner Wohnung in Charlottenburg von Polizeibeamten festgenommen und zunächst zum 121. Polizeirevier in der Spreestraße in Charlottenburg gebracht worden. Von dort wurde er nach Feststellung seiner Identität zusammen mit seinem gleichfalls festgenommenen Sekretär zur politischen Polizei gebracht.

20000 Mark Belohnung für die Aufklärung der Brandstiftung im Reichstag

Berlin. Der „Böllische Beobachter“ meldet: Das Berliner Polizeipräsidium hat für zweidienliche Mitteilung, die zur Ergreifung der übrigen Brandstifter des Reichstages führen, eine Belohnung von 20000 Mark ausgesetzt.

Redakteur Schiff freigelassen

Berlin. Der „Vorwärts“-Redakteur Viktor Schiff, der am Freitag früh festgenommen und zum Polizeipräsidium gebracht worden war, ist am Abend wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Auflösung der Sozialistischen Arbeiterpartei

Berlin. Der Vorstand der Sozialistischen Arbeiterpartei hat in seiner Mehrheit beschlossen, seinen Anhängern die Liquidierung der Partei und den Übertritt zur sozialdemokratischen Partei zu empfehlen.

Wahlentscheidung oder Bürgerkrieg?

Nicht nur den Auslandsdeutschen, sondern auch dem Ausland ist der Sinn des deutschen Wahlkampfes unverständlich. Soll es eine Anrufung des Volkes sein, so sind die Ankündigungen der Träger des heutigen Rufes in Deutschland überflüssig, wenn sie nicht unter Berufung auf ihre Macht, betonen, daß sie gar nicht daran denken, nach dem 5. März das Ruder aus der Hand zu legen, gleichviel, wie die Entscheidung des Volkes auch ausfallen möge. Soweit die Meinung des rechtsorientierten Wählers in Frage kommt, ist er über diese Ankündigung voller Begeisterung, weil seiner Ansicht nach eine neue Zeit anbrechen soll, die mit den Nöten der Nachkriegszeit Schluss machen soll und Deutschland sowohl in das Getriebe der Weltwirtschaft einschalten, auch seine Weltgeltung wieder bestimmen wird. Die bis zum Brüning's Sturz regierenden Parteien in Deutschland waren und sind auch heute noch der Meinung, daß ihre ganze Politik auf dieses Ziel gerichtet war, und daß dieses Ziel nur unter Anpassung an die internationale Gestaltung zu erreichen sei. Dafür werden sie jetzt von der sogenannten „nationalen Front“ als Novemberverbrecher gescholten, ohne daß man auch nur die geringste Rücksicht darauf nimmt, was diese Verleumdung im Ausland für eine Stimmung erzeugen muß. Heute steht Deutschland außenpolitisch isoliert da, wie die Verhandlungen in Genf beweisen und ringsum bilden sich Bündnisse, die auf eine kommende Auseinandersetzung mit Deutschland gerichtet sind. Das ist die Situation, die Deutschland vor die Entscheidung stellt, mit dem Wahlzettel sein Schicksal zu bestimmen.

Es kann nicht mehr davon die Rede sein, daß es sich in diesem Kampf um die Erhaltung des Bürgerrechts, der Demokratie handelt. Die wesentlichsten Punkte des Bürgerrechts aus der Verfassung sind durch Notverordnungen aufgehoben, verblieben ist nur der berühmte Ausnahmeartikel 48 der Verfassung und mit diesem wird regiert, aber gegen die freie Meinung und Ansicht des überwältigenden Teils des deutschen Volkes, welches mit Ausnahmeverordnungen dazu beeinflusst werden soll, sich mit diktatorischen Maßnahmen auf Jahre hinaus regieren zu lassen. Wenn der Wahlentscheid am 5. März noch irgend einen Sinn hat, dann nur den einzigen, daß das politische Wollen des deutschen Volkes an das heutige System zu einer grandiosen Abgabe wird. Dies dürfte nach Lage der Dinge kaum möglich sein, weil hierzu die rechtlichen und staatsbürgerlichen Voraussetzungen fehlen, daß jedem Volksteil die volle Wahlfreiheit und Agitation möglich ist. Das ist leider in Deutschland nicht der Fall, ausgeschaltet sind die Kommunisten, die Sozialdemokraten und der linke Flügel des deutschen Bürgerrechts, einschließlich des Zentrums ist Beschränkungen ausgesetzt, was in der deutschen Geschichte einfach undenkbar ist. Aber er ist leider Tatsache, zum Schaden der deutschen Nation, die nach diesem Wahlgang erst gewaltigen und vielleicht auch blutigen Auseinandersetzungen preisgegeben ist. In dieser Tatsache kann man leider nicht mehr vorbeigehen, so sehr man sich auch anderen Illusionen über den Weg zur deutschen Freiheit hingeben mag. Gewiß, es könnte eine Ueber-raschung kommen, daß die nationale Konzentration wirklich die fraglichen 51 Prozent der Wählermassen auf sich veremigt, was noch lange nicht eine Mehrheit der Volksmeinung repräsentieren dürfte, aber kommen die 51 Prozent, dann allerdings muß sich auch die Linke mit dieser Tatsache abfinden, daß nunmehr auf Jahre hinaus gegen sie regiert wird. Das ist politisches Schicksal, nachdem man sich selbst kein anderes bereitet hat.

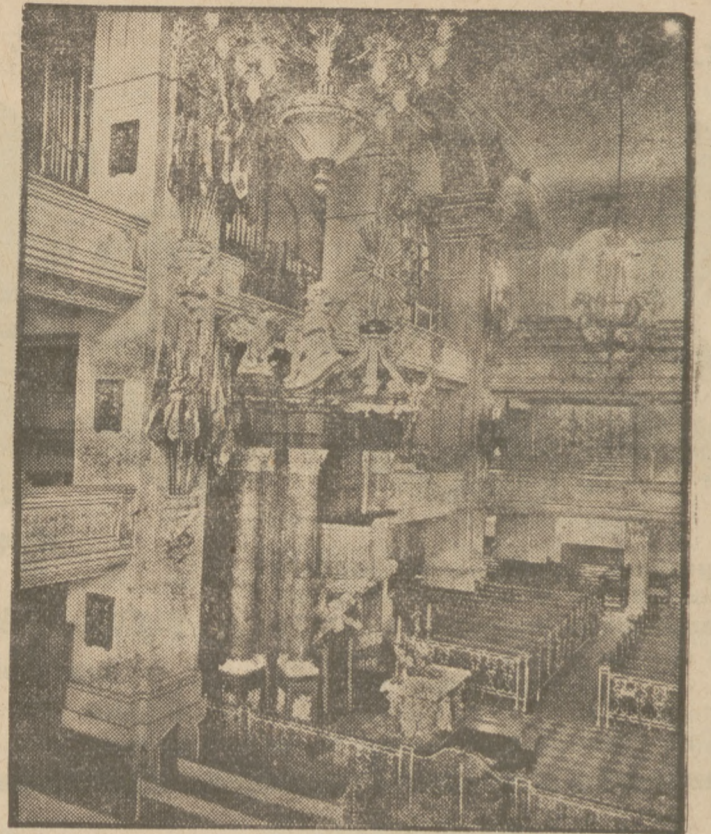
Wir registrieren die Tatsache, daß die heutigen Inhaber der Regierungsmacht in Deutschland mit allem Nachdruck unterstreichen, daß sie nicht daran denken, diese Macht aus der Hand zu geben, auch dann nicht, wenn das Volk gegen sie entscheidet. Damit wird unterstrichen, daß Deutschlands Rettung durch die „nationale Konzentration“ auch gegen den Willen der Mehrheit durchgeführt wird. Es ist im Augenblick überflüssig, darnach zu fragen, in welcher Weise dies geschehen soll. Aber mindestens muß vor den Verhandlungen gewarnt werden, als wenn das den heutigen Regierungsinhabern gelingen sollte, was der ganzen Welt nicht gelingen will, die Beseitigung der Bauernnot, die Be-

hebung der Wirtschaftskrise, die Liquidierung der Arbeitslosigkeit. Das sind Weltprobleme, die zwar sehr mit Deutschland zusammenhängen, aber nicht allein von Deutschland und am allerwenigsten aus seiner eigenen Kraft gehoben oder gelöst werden können. Daran wird der Rettungsversuch scheitern und wenn alle internationalen Voraussetzungen nicht täuschen, dürfte in Deutschland noch eine Verschärfung der Krise eintreten, die wiederum zu Gegenmaßnahmen innerhalb der regierenden Koalition führen muß. Erst dieser Tage hat der eigentliche Träger der nationalen Front, von Papen, versichert, daß man gerade auf diese Zerlegungsercheinung nicht warten soll, weil diese nicht kommen wird. Aber gerade dieser von Papen hat auch an die Adresse seiner Koalitionsfreunde die deutliche Abgabe gerichtet, daß es einen Staatsaufbau ohne die Arbeiterklasse nicht geben kann, während die nationalsozialistischen Führer drauf und dran sind, die deutsche Arbeiterklasse aus dem Staat auszuschalten, sie gerade in diesem Wahlkampf mundtot zu machen.

Eine genügende Erklärung über die kommunistische Gefahr und insbesondere die Mitschuld der Sozialdemokratie ist noch nicht gegeben. Die Erklärungen die man durch den Rundfunk aus dem Munde einzelner Minister erfährt, mögen wohl den kleingläubigen Spießer beruhigen. Für den politisch nüchtern Urteilenden sehen die Dinge wesentlich anders aus und man sucht die Urheber des Brandes im Reichstag auch bei anderen als den Kommunisten und was bezüglich der „Revolution“, die gemacht werden sollte, gesagt wurde, ist nichts anderes als Klitterungen aus verschiedenen Schriften, die sich mit dem Bürgerkrieg befassen oder Staatsstreich schildern, bezw. den Verlauf von Revolutionen beurteilen. Sie sind nichts kommunistisch Spezifisches, sondern allgemeine Grundgedanken, wie sich Umwälzungen vollziehen, die auf Gewalt aufgebaut sind und von einer Minorität gegen eine nachlässige politische Mehrheit geführt werden. Das war schon vor den kommunistischen Ideen bekannt und ist also nur irgendwie zu einer „Technik des Bürgerkrieges“ zusammengefaßt, was noch lange kein Beweis dafür ist, daß er auch in Deutschland probiert werden sollte. Daß sich aber an solchen Wahnsinnsbestrebungen die deutsche Sozialdemokratie beteiligen sollte, dafür wird das heutige System den Beweis für immer schuldig bleiben. Damit ist aber auch das Urteil gesprochen, daß gleichviel, wie die Wahlen ausfallen, von einer Volksmeinung nicht die Rede sein kann und wird dieses Volksurteil nicht korrigiert, dann ist der Weg offen, der nur durch einen Bürgerkrieg beendet sein wird.

Es wäre sinnlos, sich in Wahlprognosen zu verlieren, wie die Stärke der Parteien nach den Wahlen sein wird. Die Entscheidung, daß die nationale Konzentration am Ruder bleibt, ist bereits gefallen. Sie bleibt, unter Berufung auf Hindenburg, der nicht von den heutigen Machthabern gewählt worden ist, sondern die Hugenburgs und Hitlers haben die Reichspräsidentenwahl mit den übelsten Verleumdungen dieses Hindenburgs geführt. Das hat diesen Hindenburg nicht gehindert, daß er die politische Macht an die Gegner von gestern ausgeliefert hat, und wer nur ein wenig Wahrheitsliebe besitzt und politische Objektivität, der wird zugeben, daß Deutschland, selbst nach dem Zusammenbruch, nicht einem solchen Terror ausgesetzt war, wie es jetzt seinen Gegnern gegenübertritt, die auf dem Boden der Verfassung stehen, nichts anderes wollen, als daß diese, von ihnen beschworene, Verfassung geachtet und innegehalten wird. Gewiß, man braucht sie nicht mehr zu achten, denn es besteht nur noch der Artikel 48, und in diesem ist kein Eid auf seine Anwendbarkeit geregelt. Damit kann man sich auch über jede Eideskonstruktion, bezüglich der Verfassung, hinwegsetzen, weil man unter der Adresse des politischen Gegners klar und deutlich sagt, daß man über Zwirnsfäden dieser Verfassung nicht stolpern wird.

Wer aus diesen, so deutlichen, Erscheinungen keine Schlüsfolgerung ziehen will, der muß den Mut haben, auch zu sagen, daß dies der Bürgerkrieg ist. Welche Formen er annehmen wird, das zu untersuchen, ist mindestens verfehlt. Diese Fronten werden erst nach den Wahlen zum Ausdruck kommen. Darum verzichten wir auch, auf die vielen Gerüchte einzugehen, die von einer Beseitigung Hindenburgs sprechen, von einem Staatsstreich reden, der nach dem 5. März folgen soll, aber eines ist gewiß, der Wahlgang selbst bringt keine Entscheidung, er ist nur Auftakt zu einem gefährlichen Experiment, mit einem ganzen Volk Faschismus spielen zu wollen. Gewalt fordert Gewalt heraus, auf welcher Seite das Recht steht, das ist erst auf der Nachprüfung der Ursachen festzustellen. Wir fürchten, daß der Bürgerkrieg in Deutschland nicht mehr zu vermeiden ist.



Hier tagt der künftige Reichstag

Links: Außenansicht der Potsdamer Garnisonkirche, die 1731-35 erbaut wurde. In ihrem Innern befindet sich der Sarkophag Friedrich des Großen und seines Vaters, Friedrich Wilhelms I. Rechts: Blick in das Innere der Kirche mit ihrem reichen Barock-Schmuck. — Nach einem Beschluß des Reichskabinetts wird der neue Reichstag, dessen Gebäude durch die verbrecherische Brandstiftung zunächst nicht benutzt werden kann, zum erstenmal in der Garnisonkirche in Potsdam zusammentreten.

Stiftlose Vertagung der Abrüstungskonferenz

Krise in Genf — Keine Einigung mehr möglich — Zwischenfall zwischen Radolny und Henderson

Genf. Auf der Abrüstungskonferenz ist am Freitag eine ernste Krise ausgebrochen. Der Hauptausfluß hat einen französischen Antrag auf stiftlose Vertagung der Entscheidung über die Herabsetzung der Truppenbestände angenommen, wobei es zu einem scharfen Wortwechsel zwischen Botschafter Radolny und dem Präsidenten Henderson kam. Ueberraschend kündigten Macdonald und Simon ihre Abreise nach Genf an. Die Mitteilung vom Eintreffen Macdonalds und Simon in der nächsten Woche zur Teilnahme an der Abrüstungskonferenz hat in allen Konferenzkreisen größte Ueberraschung, ja fast Bestürzung ausgelöst. Allgemein wird als selbstverständlich angenommen, daß der deutsche Außenminister an diesen Besprechungen der nächsten Woche teilnimmt,

insbesondere, da mit dem Eintreffen des französischen Ministerspräsidenten Daladier gerechnet wird. Bei dem gegenwärtigen Stand der Abrüstungsverhandlungen und der deutschen Gleichberechtigungsforderung gewinnen diese Besprechungen gerade für Deutschland, das allein im Mittelpunkt der Abrüstungskonferenz steht, entscheidende politische Bedeutung.

In unterrichteten Kreisen wird übereinstimmend angenommen, daß bei diesen Besprechungen die grundsätzlichen politischen Fragen der praktischen deutschen Gleichberechtigung und des künftigen deutschen Rüstungsstandes ausgerollt werden und daß die Entscheidung über das weitere Schicksal der Abrüstungskonferenz nunmehr bevorsteht.

Keine Einigung zwischen Roosevelt und Hoover

Roosevelts Sanierungsplan — Die Banktrachs dauern an

Washington. Roosevelt hat nach einer eingehenden Beratung mit den Führern der Demokraten beschlossen, seinen gemeinsamen Beruhigungsaufruf zusammen mit Hoover an das amerikanische Volk zu verlesen. Es scheint, daß die Ansichten in beiden Parteilagern diametral entgegengesetzt sind, so daß sie sich nicht über die notwendigen Hilfsmahnahmen einigen können.

In unterrichteten Kreisen nimmt man an, daß Roosevelt den Kongreß bereits für die nächste Woche einberufen wird. Es verlautet ferner, daß Roosevelt dem Kongreß in einer Sonderbotschaft einen gigantischen Sanierungsplan unterbreiten wird.

Roosevelt stütete zusammen mit seiner Frau Hoover im Weißen Hause den üblichen Antrittsbesuch ab. Zwischen Hoover, Roosevelt, Mills und Moley fand eine längere Beratung über die Finanzlage und die Banktrache statt.

New York. Die New Yorker Bundesreservebank verlor am Freitag über 116 Millionen Dollar in Gold, das verschifft oder zurückgestellt wurde. In dieser Summe sind

die Goldhamsterungen nicht einbegriffen. Die New Yorker Bundesreservebank arbeitete den ganzen Tag über mit höchstem Druck und wechselte Gold an acht Schaltern um. Vor jedem Schalter drängten sich mehrhundertköpfige Menschenmassen.

Präsident Hoover unterzeichnete die Vorlage über die Bankrotreform. Der Kongreß nahm die Fletcher-Steagall-Vorlage an, die ein fünfjähriges Moratorium für vom Farm board ausgegebene Darlehen an Farmer vorsieht.

Sturmangriff der Streikenden auf die Briggswerte

Detroit. Tausend Streikende versuchten am Freitag zum dritten Male innerhalb der letzten Wochen, das verbarrikadierte Highlandpark-Werk der Briggs-Manufacturing Co. die den Betrieb mit Arbeitswilligen aufrecht erhält, zu stürmen. Werkpolizei schlug die Angreifer mit Tränengasbomben zurück. Verrittene Polizei stellte die Ordnung wieder her und verhaftete vier Streikführer.

Ausscheiden der Sozialdemokraten aus dem Hamburgischen Senat

Hamburg. Amtlich wird mitgeteilt: „Die Reichsregierung hat den Hamburgischen Senat ersucht, ein Verbot des „Hamburger Echo“ auf 14 Tage zu erlassen. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats haben geblaut, diesem Ersuchen nicht Folge leisten zu können und sind, um dem Hamburgischen Senat Schwierigkeiten zu ersparen, nach Artikel 33 der Hamburgischen Verfassung im Einvernehmen mit dem im Senat verbleibenden Senatoren aus dem Senat ausgetreten. Die im Senat verbleibenden Senatsmitglieder führen die Senatsgeschäfte einstweilen weiter. Die ausscheidenden Senatsmitglieder sind: Bürgermeister Koh, Senator Schönfelder, Senator Krause, Senator Neumann, Senator Eifenbart und Senator Ehrentleit.“

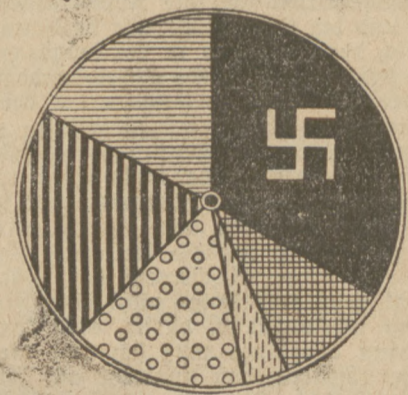
591 Tote im japanischen Erdbebengebiet

Noch 600 Personen vermisst. Tokio. Nach den bisherigen Feststellungen der Untersuchungs- und Bergungskommission ist die Zahl der Erdbebenopfer auf bisher 591 gestiegen. 600 Personen werden noch vermisst. Gegen 8000 Häuser wurden zerstört. Feuerwehr, Polizei und Truppen sind mit Aufräumarbeiten beschäftigt. Sämtliche Fernsprech- und Telegraphen-Leitungen in den betroffenen Gebieten sind zerstört. In Tokio wurden am Freitag vormittag noch leichte Erdstöße verspürt. Das Erdbebengebiet wird von einem großen Truppenaufgebot abgesperrt.

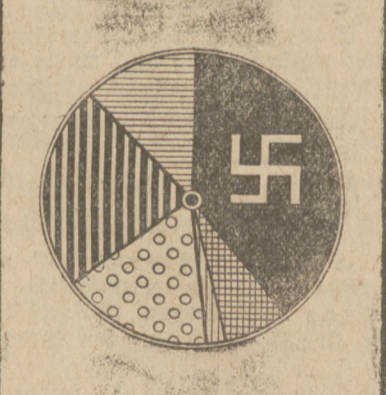
Der litauische Außenminister Zaunius bei Neurath

Berlin. Der litauische Außenminister Zaunius ist auf der Rückreise von Genf nach Rom in Berlin eingetroffen und hat Freitag dem Reichsaußenminister von Neurath einen Besuch abgestattet. Ueber die Besprechung wird eine amtliche Verlautbarung herausgegeben werden.

Der alte Reichstag (GEWÄHLT AM 6. NOV. 32)



Der alte preuss. Landtag (GEWÄHLT AM 24. APR. 32)



So setzten sich Reichstag und Preußen-Parlament bisher zusammen

Unser Schaubild gibt einen Ueberblick über die Parteienstärke im alten Reichstag und in dem alten Preussischen Landtag, deren Nachfolger das deutsche Volk am 5. März wählen wird.

Bieliß, Biala und Umgegend

Bieliß und Umgebung

Ein Urteil des Obersten Gerichtshofes wegen Entschädigung der Ueberstundenarbeit.

Der Oberste Gerichtshof, der aus sieben Richtern der 3. Kammer zusammengesetzt war, hat auf seiner am 4. November 1932 stattgefundenen nichtöffentlichen Sitzung den Beschluß gefaßt, in das Buch der Rechtsgrundsätze folgenden Rechtsgrundsatz einzutragen:

1. Für Ueberstundenarbeit, welche nicht unter die Bestimmungen des Artikels 16 des Gesetzes vom 18. Dezember 1919 Nr. 2, Pol. 7 Dz. U. von 1920 fällt, gebührt die Entschädigung nur in dem Maße als sich der Arbeitgeber von der Arbeit des Arbeiters bereichert hat.

2. Diese Entschädigung gebührt dem Arbeiter nur dann, wenn der Lohn in ständiger Höhe für bestimmte Zeitabschnitte ohne Festsetzung der Arbeitsstunden vereinbart wurde.

3. Wenn der Arbeiter bei den sich wiederholenden Auszahlungen dem Arbeitgeber die durchgearbeiteten Ueberstunden nicht gemeldet hat, so gebührt dem Arbeiter eine Entschädigung nicht, höchstens daß der Unternehmer von der Ueberstundenarbeit anderwärts Kenntnis hatte. Diese Annahme hängt nicht von dem Ausweis der durchgearbeiteten Ueberstunden durch den Arbeiter ab.

4. Einem Arbeiter, der in leitender Stellung ist, gebührt keine Entschädigung für geleistete Ueberstunden.

In der Begründung zur These 1 lesen wir noch überdies: „ob eine Bereicherung in einem solchen Falle eintrat und in welchem Geldbetrag, wird Sache des Gerichts in einem jeden solchen Falle sein. In jedem Falle kann eine solche Arbeit nicht mit 50 Prozent oder 100 Prozent (für tägliche 2 Ueberstunden und darüber) auf den Normallohn entschädigt werden.“

Auf diese Art wird für nichtbewilligte Ueberstundenarbeit, die ohne Bewilligung und ohne Wissen der entsprechenden Behörden geleistet wurde, in der Praxis der Arbeiter nur in Ausnahmefällen eine Entschädigung erhalten, wenn es ihm gelingen wird nachzuweisen, daß der Arbeitgeber durch die geleisteten Ueberstunden sich bereichert hat und wie hoch dieser Gewinn ist.

Es kann mit Sicherheit angenommen werden, daß der Arbeiter für geleistete Ueberstunden überhaupt keine Entschädigung erhalten wird. In Genf wird über die Einführung der 40-Stundenwoche beraten um die Krise abzuschwächen. In Warschau wird das Arbeiten über 48 Stunden in der Woche erleichtert! Damit will man bei uns die Arbeitslosigkeit beseitigen!

Verein Sterbetaja Bielsko. (153. Sterbefall.) Wir geben unseren Mitgliedern bekannt, daß unser Mitglied Hoffmann Eva, wohnhaft in Kamienica, am 26. Februar im 56. Lebensjahre gestorben ist. Ehre ihrem Andenken. — Die Mitglieder werden ersucht die fälligen Beiträge regelmäßig zu bezahlen, damit bei der Auszahlung der Sterbeunterstützung keine Schwierigkeiten entstehen. Die 156. Warte ist zu bezahlen. Der Vorstand.

Aus der Theaterkassette. Sonntag, den 5. März wird das Singspiel „Im weißen Röhl“ zweimal zur Aufführung gebracht. Die Nachmittagsvorstellung beginnt um 4 Uhr und die Abendvorstellung um 8 Uhr. — Dienstag, den 7. März gelangt im Abonnement der Serie gelb das mit größtem Erfolg gegebene Schauspiel von Ladislaus Fodor, „Der Ruf vor dem Spiegel“ zur Aufführung. — Für Mittwoch, den 8. März wurde im Abonnement der Serie blau Robert Stolz melodienreiche und fröhliche Operette aus einträgigen Wiener Tagen „Das Sperrschloß“ angelehrt. Inszeniert wird das Stück von Franz Lagrange, die musikalische Leitung liegt in den Händen Heinrich Wolfsthal. Beschäftigt ist nahezu das gesamte Personal. Die erste Wiederholung von „Das Sperrschloß“ findet Freitag, den 10. März im Abonnement der Serie rot statt.

„Wo die Pflicht ruft!“

Achtung, Genossen und Genossinnen!

Aus Anlaß des 50. Todestages von Karl Marx veranstaltet die D. S. U. B. des Bielscher Bezirkes am Sonntag, den 12. März 1933, um 10 Uhr vormittags, im großen Saale des Arbeiterheimes eine

Marxfeier

mit abwechslungsreichem Programm, unter Mitwirkung aller Kulturvereine des hiesigen Bezirkes.

Einige Kamitzer Bürger berichtigen

In der Freitagnummer der „Schlesischen Zeitung“ vom 3. d. Mts. haben einige Kamitzer Bürger ein „Eingeländt“ unter der Ueberschrift „Sozialistische Dreherei“ veröffentlicht. Beim Lesen dieses Geistesergusses müssen wir feststellen, daß die Einsender dieses Artikels von den reichsdeutschen Nationalsozialisten viel gelernt haben, denn sie wenden dieselbe Methode an. In dem Artikel wird geschrieben, daß die Gemeinde Kamitz durch die Sozialisten geleitet und verwaltet wurde. Bei den letzten Gemeinderatswahlen haben sich doch alle Kamitzer Bürgerlichen ohne Unterschied der Nation und Konfession, einschließlich der sogenannten Wirtschaftspartei, gegen die Sozialisten verbündet, um nur keine sozialistische Mehrheit im Gemeinderat aufkommen zu lassen. Der gewesene Gemeindevorsteher Schubert wurde doch schon lange vor den Gemeinderatswahlen aus dem Arbeiterkonsum, wegen verschiedener Unregelmäßigkeiten entlassen, worauf auch sein Ausschluß aus der Partei erfolgte. Aus Rache gegen die Sozialisten wurde die Wirtschaftspartei gegründet, um bei den Wahlen den Sozialisten Stimmen abzufangen. Folglich bildeten die Bürgerlichen die Majorität im Gemeinderat und müssen daher die volle Verantwortung für die Gemeindegewalt übernehmen. Wie so die Sozialisten auf einmal die Schuldigen an der Kamitzer Defizitwirtschaft sein sollen, ist uns unerklärlich. Diese saubere Wirtschaft hat ja schon beim Gemeindevorsteher Danel begonnen! Wollen die bewußten Kamitzer Bürger den Danel auch zum Sozialisten stampeln?!

Diese Herren machen es sich sehr leicht, alles Unangenehme möchten sie so gern den Sozialisten in die Schuhe schieben. Es ist daher echt bürgerlich-jesuitische Dreherei, wenn man von einer sozialistischen Gemeindegewalt in Kamitz japseln will!

Nun müssen wir heute die bürgerlichen Verdrehungen richtig stellen. Ob Herr Zender tatsächlich die meiste Arbeit geleistet hat, wollen wir dennoch bezweifeln. Was der Einsender von recht bedeutenden Entlohnungen der Herren vor der roten Richtung japselt, ist auch so ein bürgerlicher Dreh. Wenn irgend jemand von den sozialistischen Gemeindevorstern irgend eine Entschädigung aus Gemeindegeldern erhält, dann war sie um gar nichts höher, wie jene, welche die Bürgerlichen unter dem gleichen Titel bezogen. Uebrigens war es doch das Werk der bürgerlichen Gemeindegewalt, welche die Bezahlung aller Gemeindefunktionen eingeführt hat.

Unser Vorwurf, den wir dem Fürsorgerat für Arbeitslose, Herrn Wandzel, gemacht haben, ist nicht so unberechtigt, denn es klappert bei den Arbeitslosenangelegenheiten so manches nicht. Daß die Sozialisten für ihn gestimmt haben sollen, ist nicht wahr, denn die Sozialisten sitzen nicht im kommunalistischen Beirat. Die Bemerkung mit der Futterkrippe hätten sich die Einsender ersparen können, denn wer im Glashaufe sitzt, soll nicht mit Steinen herumwerfen.

Wenn die Sozialisten die Mitarbeit im Lokalkomitee für Arbeitslosenangelegenheiten nicht mitarbeiten, dann ha-

ben sie ihre guten Gründe dazu. Sie können doch keine Verantwortung für Dinge übernehmen, auf welche sie keinen Einfluß haben.

Was die Armenfürsorge angeht, so wäre da gewiß Manches zu bemängeln. Kamitz hat bereits dieselbe Größe wie Alexanderfeld oder Altbließ. Die Steuereinnahmen sind aber infolge Vorhandensein großer Fabriken viel höher, als in den beiden letzten Gemeinden. In der Zeit der Konjunktur hatte Kamitz ein Jahresbudget von über 120 000 Zloty, während die beiden Gemeinden Alexanderfeld und Altbließ es kaum auf 30 000 Zloty brachten. Welchen Prozentsatz geben die Gemeinden mit geringen Einnahmen für Armenfürsorge und welchen gibt das reiche Kamitz? Der Einsender kann sich daher mit gar nichts brüsten!

Kamitz klagt die Behauptung, daß der Arbeiterkonsum keine Forderung von 1000 Zloty vom Jahre 1931 noch nicht erhalten hat. Dieser Einsender scheint sogar eine Schadenfreude darüber zu haben, daß die Bürgerlichen so schlecht gewirtschaftet haben.

Eine große Frechheit leistet sich der Einsender mit der Behauptung, daß die Sozialisten die Gemeinde Kamitz um die Selbstverwaltungsrechte gebracht haben! Dasselbe machen die Nationalsozialisten in Deutschland. Sie bestellen sich einen Brandleger und dann schreien sie in alle Welt, die Kommunisten und Sozialisten haben das reichsdeutsche Parlament angezündet! Solche dummsprecherischen Behauptungen kann ja nur von solchen beschränkten Bürgern aufgestellt werden.

Jetzt jammert dieser Einsender, daß die Gemeinde einen Schuldenstand von 140 000 Zloty zu verzeichnen hat! Das ist echt bürgerliche Gemeindegewalt! Die Bürgerlichen haben sich alle gut bezahlen lassen, aber dafür werden die Sozialisten verdächtigt!

Seit Jahr und Tag haben die Sozialisten stets darauf verwiesen, daß eine gründliche Kassenrevision durchzuführen wäre! Dafür wurden sie noch angestänkelt und man warf ihnen vor, daß sie unbegründetes Mißtrauen austreuen. Als Herr Danel die Funktion hinlegte und Herr Schubert dieselbe übernahm, sollte doch zunächst eine Kassenkontrollierung vorgenommen werden. Da hätten die Herren schon ihre blauen Wunder erleben können. Herr Schubert übernahm den ganzen Kram, ohne sich zu versichern, was er übernahm. Hauptfache war bei ihm, daß er nur den Bürgermeistertitel führen konnte. Der verstorbenen Gemeindegewalt Herr Mendrol arbeitete aber auch noch mit dem Gemeindegeld.

Als der plötzlich verstarb, wurde wieder keine Kassenkontrollierung vorgenommen und Herr Schubert führte den Schandrian weiter, bis die behördliche Revision, welche die Sozialisten immer gefordert haben, den riesigen Schuldenstand und obendrein noch ein Konto feststellte.

Jetzt entblüdet sich nicht irgend ein Kamitzer Bürger, daß er diese Schlampelei den Sozialisten in die Schuhe schieben und sie auch für diese Wirtschaft in der Gemeinde verantwortlich machen will!

Programm:

1. „Internationale“ (Mandolinorchester).
2. „Ein Sohn des Volkes“ (Männerchor) Gau d. U. G. B. Bieliß.
3. „Empor schlug die Welle“ (Rezitation).
4. Festrede.
5. „Im Morgenrot“ (Gem. Chor, Gau d. U. G. B.), Pause.
6. Vorlesung.
7. „Prolet“ (Sprech- und Bewegungchor).
8. „Sozialistenmarsch“ (Gem. Chor).
9. Rezitationen.
10. „Internationale“ (Männerchor).

Parteiengenossen und Genossinnen, erscheint massenhaft!

Demonstrationsversammlung! Genossinnen und Genossen! Physische und geistige Arbeiter! Am Sonntag, den 5. März l. J., um 10 Uhr vorm., wird die gesamte Arbeiterklasse gegen die Verschlechterung und gänzliche Beseitigung der Sozialgesetzgebung sowie auch gegen Schaffung eines neuen Gesetzes, demonstrieren. — Zu diesem Zwecke findet an diesem Tage auf der Schiefstätte in Bielsko eine große Demonstrationsversammlung statt. Hoch der Sozialismus und die internationale Solidarität! — Den deutschsprechenden Genossen u. Genossinnen diene zur Kenntnis, daß das deutsche Referat im kleinen Schiefhaus-

saal erstattet wird. Im großen Schiefhausaal wird polnisch referiert. Die Kreisgewerkschaftskommission von Bieliß-Biala und Umgebung.

Lehrer-Verein „Die Naturfreunde“ Bielsko. Samstag, den 4. März, findet um 7 Uhr abends, im großen Saale der Arbeiterheimes ein Lichtbildvortrag über die Bestiden, Tatras und Jatra, des Herrn Ing. John statt. Da dieser Vortrag einen sehr interessanten Verlauf verspricht, ist es im Interesse der Mitglieder, oder solcher, die es werden wollen, diesen Vortrag zahlreich zu besuchen. — Eintritt: Freie Spenden. Gäste herzlich willkommen. Der Vorstand.

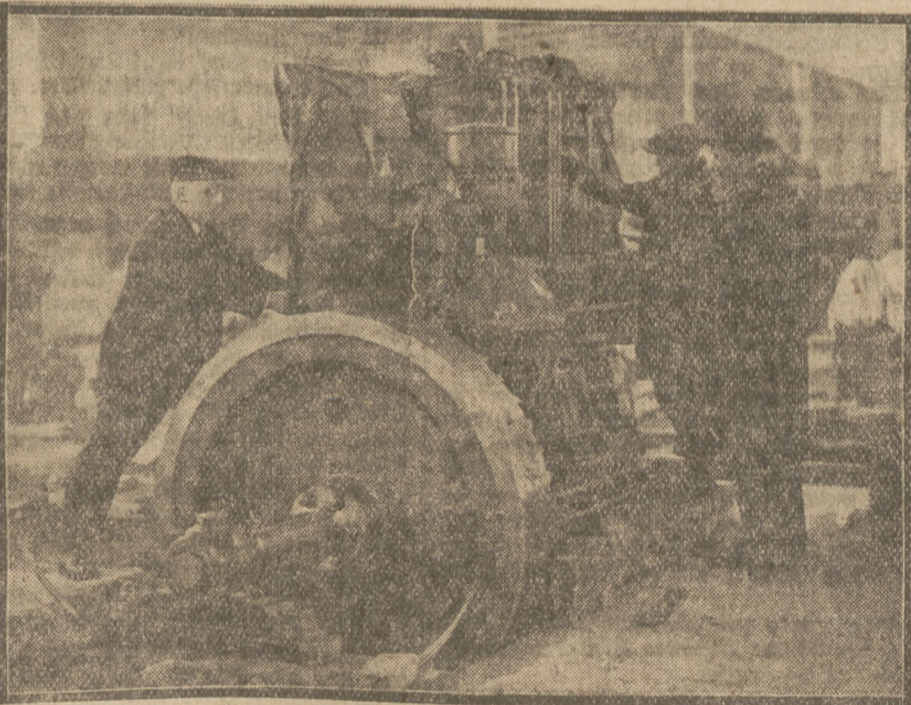
Generalversammlung des U. G. B. „Freiheit“ Biala. Am 4. März hält obiger Verein, abends 6 Uhr, bei Englert seine fällige Generalversammlung ab. Die ausübenden sowie unterstützenden Mitglieder werden ersucht zuverlässig und pünktlich zu erscheinen.

Kamitz. Am Sonntag, den 5. März l. J., findet um 3 Uhr nachmittags im Gemeindegeldhause die diesjährige Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins Vorwärts mit statutenmäßiger Tagesordnung statt. Mitglieder, erscheint alle!

Lehrer-Verband in Polen, Ortsgruppe Bielsko. Genannte Ortsgruppe hält am Montag, den 6. März, um 1/5 Uhr nachm., im großen Saale des Arbeiterheimes in Bielsko ihre ordentliche Generalversammlung mit nachstehender Tagesordnung ab: 1. Berlesung des Protokolls der letzten ordentlichen Generalversammlung. 2. Berichte: a) des Kassierers, b) der Revisoren, c) des Sekretariats. 3. Neuwahl des Vorstandes. 4. Organisationsfragen. 5. Allfälliges zu welcher die Mitglieder freundlichst eingeladen werden. Mit Rücksicht auf das neue Vereinsgesetz, haben nur jene Mitglieder Zutritt zur Generalversammlung, welche sich mit der Verbandslegitimation ausweisen können. Die Verbandslegitimationen werden den Mitgliedern vor der Generalversammlung im kleinen Saale ausgeteilt werden. Um pünktliches und vollständiges Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Achtung Gauvorstand! Dienstag, den 7. März, um 5 Uhr nachm., findet in der Redaktion eine Gau Sitzung statt. Die Gauvorstandsmitglieder wollen pünktlich und vollständig erscheinen. Der Gauobmann.

Achtung Arbeiterjünger! Freitag, den 10. März, um 1/6 Uhr abends, findet im Arbeiterheim die Generalprobe für die Marxfeier statt. Als erster probt der Gemischte Chor, anschließend der Männerchor. Alle Mitglieder werden ersucht vollständig zu erscheinen. Die Gauleitung.



Die Leipziger Frühjahrsmesse wird aufgebaut

Ein Schnappschuß von den Vorbereitungen zur Leipziger Frühjahrsmesse, die am Sonntag eröffnet wird: ein Dieselmotor wird aufgebaut.

Ludwig Kessler

Spezialhandlung bester Strick- und Wirkwaren
Bielsko, Zamkowa 2.

Wachseidenstrümpfe fehlerfrei, Reklamepreis Zl. 2.35.

